



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 13. November 2014
(Or. en)

15510/14

PE 382
INST 562
POLGEN 163

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jean-Claude Juncker,
und des ersten Vize-Präsidenten der Europäischen Kommission,
Herrn Frans Timmermans

Eingangsdatum: 12. November 2014

an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Martin Schulz, und den
Präsidenten des Rates der Europäischen Union, Herrn Matteo Renzi

Betr.: Absichtserklärung bezüglich der Vorbereitung des Arbeitsprogramms der
Kommission für 2015 und die interinstitutionelle Programmplanung

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Abschrift der Absichtserklärung, die der Präsident der
Europäischen Kommission, Herr Jean-Claude Juncker, und der erste Vize-Präsident der
Europäischen Kommission, Herr Frans Timmermans, an den Präsidenten des Europäischen
Parlaments, Herrn Martin Schulz, und den Präsidenten des Rates der Europäischen Union, Herrn
Matteo Renzi gerichtet haben.

ANLAGE

Jean-Claude JUNCKER
Präsident der Europäischen Kommission

Frans TIMMERMANS
Erster Vizepräsident
der Europäischen Kommission

Brüssel, den 12. November 2014

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Martin,
Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Matteo,

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr beginnt nun eine neue Legislaturperiode. Wir sollten diese Gelegenheit ergreifen, neue Wege zu beschreiten, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, und zwar indem wir ihnen beweisen, dass die Europäische Union in ihrem Interesse die vor uns liegenden zentralen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften meistern kann.

Dazu ist eine eindeutige und von allen Organen mitgetragene Prioritätensetzung vonnöten, so dass wir unsere Arbeiten darauf konzentrieren, was die Union zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen Europas am Besten durch Handeln auf ihrer Ebene erreichen kann. Die politischen Leitlinien für die neue Kommission setzen eine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel für einen neuen Start in Europa. Die Agenda konzentriert sich auf zehn Politikbereiche, in denen wir danach streben werden, während unserer Amtszeit unter Berücksichtigung der vom Europäischen Rat im Juni verabschiedeten strategischen Agenda Ergebnisse zu erzielen.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen unseren Organen kann ein wirkmächtiges Zeichen setzen. Mit dem Vertrag von Lissabon wurden Bestimmungen eingeführt, damit die Organe schneller zu einer Einigung über die jährliche und mehrjährige Programmplanung gelangen, und nun ist es an der Zeit, diese Bestimmungen mit Leben zu füllen. Dadurch werden wir unsere gemeinsame Fähigkeit, für Europäer etwas zu erreichen, erhöhen, um so den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft gerecht zu werden; wir werden uns dabei auf die großen Fragen konzentrieren, in denen die Union durch ihr Handeln wirklich etwas verändern kann, während wir uns im Sinne der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit dort zurückhalten werden, wo auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene wirksam gehandelt werden kann.

Enge Zusammenarbeit und die Bereitschaft, den wirklich wichtigen Dingen Vorrang einzuräumen, sind umso nötiger, als der wirtschaftliche Aufschwung bereits an Kraft verloren hat, die Arbeitslosigkeit nach wie vor unerträglich hoch ist und zudem Ereignisse in unseren Nachbarregionen eine energische Reaktion erfordern.

An den Präsidenten des Europäischen Parlaments
Herrn Martin Schulz

an den Präsidenten des Rates
Herrn Matteo Renzi

Durch E-Mail

Gemäß Artikel 17 Absatz 1 EUV leitet die Kommission die jährliche und die mehrjährige Programmplanung der Union ein. Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen unsere ersten Überlegungen für die 2015 zu setzenden Prioritäten unterbreiten, die als Grundlage für einen Gedankenaustausch unter gebührender Achtung der Aufgaben und Befugnisse der einzelnen Organe und des strukturierten Dialogs mit dem Europäischen Parlament gemäß der Rahmenvereinbarung dienen könnten. Ferner legen wir einige Anregungen vor, wie wir unsere Zusammenarbeit künftig in die Form einer interinstitutionellen Vereinbarung über die mehrjährige Programmplanung für das jeweilige Folgejahr kleiden könnten.

Vorrangige Initiativen für 2015 und danach

Vor diesem Hintergrund arbeiten wir derzeit das Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 aus, dass wir vor Jahresende verabschieden wollen. Darin werden neue Initiativen für 2015 enthalten sein, um die zehn Prioritäten wirksam umzusetzen. Bei dieser Gelegenheit werden wir auch Vorschläge, über die noch nicht entschieden wurde, überprüfen und erforderlichenfalls zurückziehen. Das Arbeitsprogramm wird eine starke anwendungs- und vereinfachungsbezogene Komponente haben und sich auf die Mitteilung über die Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) vom Juni 2014 stützen.

Zunächst möchten wir Ihnen jedoch – um sicherzustellen, dass unser Gedankenaustausch aufs Beste vorbereitet ist – die folgende nicht erschöpfende Liste der Art von Vorschlägen und weiterführender Arbeiten vorlegen, die die Kommission in ihr Arbeitsprogramm für 2015 aufzunehmen beabsichtigt.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

- Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen (bis Ende 2014) und Folgemaßnahmen
- Überprüfung der Strategie Europa 2020
- Verstärkung der Agenda für bessere Rechtsetzung

2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

- Paket für den digitalen Binnenmarkt, einschließlich einer ehrgeizigeren Reform des Telekommunikationsmarktes
- Vorschlag zur Reform des Urheberrechts

3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

- Folgemaßnahmen zu dem vom Europäischen Rat im Oktober verabschiedeten Energie- und Klimapaket 2030
- Vorbereitung der Rolle der EU auf der VN-Konferenz über Klimaschutzverhandlungen
- Maßnahmen zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit

4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

- Anwendung der neuen Vorschriften für die Überwachung und Abwicklung von Banken und Vollendung des Aufsichtsrahmens für Finanzdienstleistungen Vorschlag im Bereich Krisenmanagement und Abwicklung von Finanzinstituten, die keine Banken sind
- Arbeiten in Bezug auf eine künftige Kapitalmarktunion

- gezielte Überprüfung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern; Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte
- Arbeiten an einer endgültigen Mehrwertsteuerregelung
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerumgehung

5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

- Vorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung im Anschluss an die Überprüfung des "Sechserpakets" und des "Zweierpakets" im Laufe dieses Jahres

6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

- Weiterverfolgung eines Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention
- Abschluss einer umfassenden Datenschutzvereinbarung zwischen der EU und den Vereinigten Staaten und Überprüfung der Safe-Harbour-Vereinbarung

8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

- Umsetzung der gemeinsamen Asylpolitik
- eine neue Politik der legalen Zuwanderung, beginnend mit der Überprüfung der "Blue Card"-Richtlinie
- eine Mitteilung über die Strategie der inneren Sicherheit
- operative Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Radikalisierung

9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

- Europäische Nachbarschaftspolitik: Bestandsaufnahme und weiteres Vorgehen
- Millenniums-Entwicklungsziele/Rahmen für die Zeit nach 2015

10. Eine Union des demokratischen Wandels

- Überprüfung der Rechtsvorschriften für die Zulassung genetisch veränderter Organismen
- interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register
- interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung

Die Kommission wird in den kommenden Wochen aktiv mit dem Europäischen Parlament im Einklang mit dem strukturierten Dialog gemäß der Rahmenvereinbarung und mit dem Rat über den Rat (Allgemeine Angelegenheiten) zusammenwirken, um diese Themen voranzubringen und einen Gedankenaustausch darüber zu führen.

Im Anschluss an die Annahme ihres Arbeitsprogramms 2015 ist die Kommission bereit, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament sowie dem scheidenden italienischen und dem nächsten lettischen Ratsvorsitz eine Liste mit vorrangigen Vorschlägen auszuarbeiten, bei denen sich die Organe verpflichten könnten, sowohl inhaltlich als auch verfahrenstechnisch rasche Fortschritte zu erzielen (beschleunigte Behandlung).

Hin zu einer interinstitutionellen Vereinbarung über Programmplanung

Die Kommission hat bereits ihre Bereitschaft bestätigt, einen Vorschlag für eine neue interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung, in der Bestimmungen über die Programmplanung enthalten wären, mit dem Ziel vorzulegen, die Verhandlungen bis Ende 2015 abzuschließen.

Mit einer künftigen interinstitutionellen Vereinbarung über die Programmplanung würde die gemeinsame Mitverantwortung für die Prioritäten gefördert, so dass die Agenda der Union auf die wirksamste Weise – unter Achtung der Aufgaben und Befugnisse der einzelnen Organe gemäß den Verträgen – vorangebracht werden kann. Die drei Organe könnten sich zu Beginn der Legislaturperiode auf ein Mehrjahresprogramm einigen, in dem die strategischen Ziele und wichtigsten geforderten Ergebnisse festgesetzt sind. Dieses könnte einer Halbzeitüberprüfung unterzogen werden.

Das Arbeitsprogramm der Kommission wäre die operative Umsetzung dieser strategischen Ziele. Die Kommission ist der Auffassung, dass sich der in der Rahmenvereinbarung vorgesehene strukturierte Dialog mit dem Europäischen Parlament bewährt hat, und sie bekräftigt, dass sie entschieden daran festhalten wird.

Wir wären offen dafür, einen ähnlichen Gedankenaustausch mit dem Rat zu entwickeln:

- Das Schreiben des Präsidenten der Europäischen Kommission, das er im Zusammenhang mit der Rede zur Lage der Union erstellt und in dem die wichtigsten Elemente festgelegt sind, an denen sich die Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission orientieren wird, könnte an das Europäische Parlament und an den Rat gerichtet werden.
- Auf der Grundlage der Rede zur Lage der Union und dem damit im Zusammenhang stehenden Schreiben könnte auch ein Gedankenaustausch im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) geführt werden.

Das Arbeitsprogramm, das im Anschluss daran von der Kommission angenommen wird, würde somit die geteilten Prioritäten der drei Organe widerspiegeln und unter anderem auch eine Verpflichtung der Kommission, mehr Informationen über ihre Planung und regelmäßige Aktualisierungen derselben zur Verfügung zu stellen, sowie eine Verpflichtung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Gesetzgebungsprozess, insbesondere in Bezug auf die beschleunigte Behandlung der wichtigsten Vorschläge, aber auch im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit bei Umsetzungsaspekten, umfassen.

Wir könnten uns darauf einigen, systematisch – zwei Mal im Jahr – einen Gedankenaustausch zu führen, und zwar sowohl in der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, wodurch der strukturierte Dialog mit dem Europäischen Parlament weiter gestärkt würde, als auch im Rat (Allgemeine Angelegenheiten), damit eine wirksame Überwachung der Fortschritte bei diesen vorrangigen Maßnahmen sichergestellt und der Prozess bei Bedarf überprüft werden kann.

Wir müssen an einer pragmatischen Grundlage für dieses Jahr arbeiten und gleichzeitig Überlegungen zum künftigen institutionellen Rahmen anstellen. Wir sehen Ihren Antworten auf diese Ideen und deren weiterer Erörterung mit Ihnen erwartungsvoll entgegen.

Jean-Claude JUNCKER

Frans TIMMERMANS